

Hannover

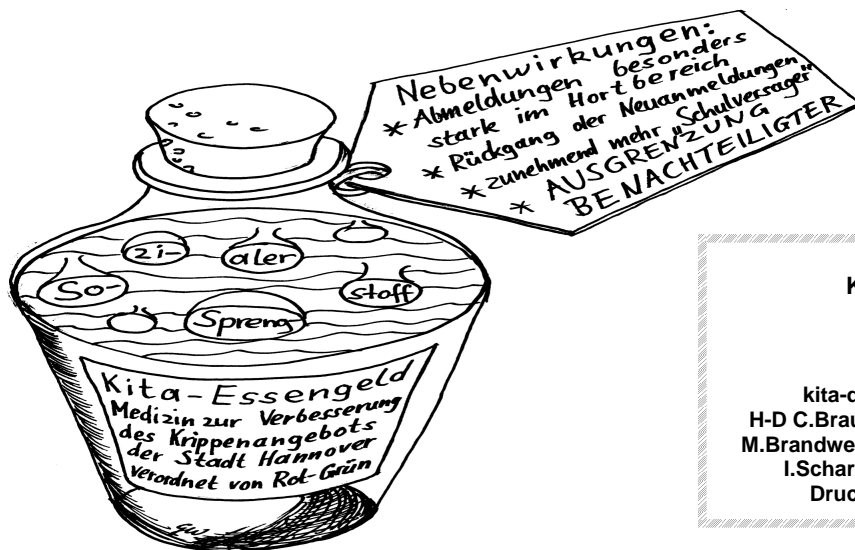
# Bitte aushängen! Kitaz



Herbst 2006

Mitteilungsblatt der ElternvertreterInnen hannoverscher Kindertagesstätten & Kinderläden  
Kindertagesstätten - Stadtelternrat

\*\*\*Teilerfolg beim Essengeld - Grüne und SPD vereinbaren, nicht mehr für alle Kinder zu kassieren. Kita-Stadtelternrat besteht auf völlige Abschaffung dieses versteckten Eltern-Zusatzbeitrages.\*\*\*



Impressum  
Kita-Stadtelternrat,  
Ricklingerstr. 39,  
30449 Hannover,  
Tel. 6001988  
kita-delegiertenrat@htp-tel.de  
H-D C.Braun 456252 M.Ohlhoff 8386693  
M.Brandwein 623377, K.Göllinger 2620070  
I.Scharna 2108007, G.Weil 441948  
Druck: Werkdruck Hannover

## Einladung

zur Vollversammlung der Kita-Eltern

Mittwoch, 29.11.2006

20 Uhr

Freizeitheim Linden

Saal 18 (Badewanne)

Windheimstr. 4

Haltestelle „Ungerstr.“ / Linie 10

### Vorläufige Tagesordnung

- 1) Bericht über die Arbeit des SER im vergangenen Jahr
- 2) Aktuelles aus Stadt und Land z.B. Essengeld / Landesjugendamt
- 3) Nachwahlen
- 4) Verschiedenes

**Eltern aus allen Einrichtungen der Stadt Hannover  
sind herzlich willkommen.**



### Der Kita-Stadtelternerat

(ehem. Bezeichnung: Kita-Delegiertenrat) ist die zentrale Interessenvertretung aller Kita-Eltern in der Stadt Hannover. Zur Wahl der Mitglieder des Kita-Stadtelternerates gibt es zwei Möglichkeiten:

1. findet die Wahl auf den Versammlungen der Kita-ElternvertreterInnen der einzelnen Träger (AWO, Stadt, Caritas usw.) statt und
2. werden weitere Vorstandsmitglieder in den Vollversammlungen der hannoverschen Kita-ElternvertreterInnen gewählt. Jetzt am 29.11.06 findet eine VV statt, auf der Nachwahlen möglich sind.

Ein Mitglied des Kita-Stadtelternerates wird als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuß des Stadtrates entsandt.

Wir arbeiten regelmäßig, vertreten durch ein oder zwei Personen, in der Kita-Fachberatung - einem Fachgremium aller FachberaterInnen aller Träger sowie Angestellte des städtischen Jugendamtes, mit.

Darüber hinaus gibt es die Kita-Fachkommission, einem Gremium, im wesentlichen besetzt mit VertreterInnen der Träger. Auch hier können wir als ordentliche Mitglieder mitarbeiten.

Alle Kita-Stadt- und Kita-Gemeindeelternräte der Region können sich zum Kita-Regionselternrat zusammenschließen und können eine Person in den Jugendhilfeausschuß der Region Hannover entsenden. Es wird höchste Zeit, den Kita-Regionselternrat neu zu bilden. Es besteht Gefahr, dass sonst jemand vom Regionselternrat der Schulen, von der Politik in den Regions-Jugendhilfeausschuß berufen wird.

Wichtige Kita-Fragen, wie das immer wieder umkämpfte Kita-Gesetz, werden von der Landespolitik entschieden.

Im Gegensatz zum Schulgesetz, sieht das niedersächsische Kita-Gesetz keine Landeselternvertretung vor. Als ab 1998 die Landesregierung die Qualitätsstandards der Kitas verschlechtern wollte, haben wir landesweit die Kita-Landeselternvertretung e.V. gegründet. Im Bündnis mit Vielen, (u.a. Eltern-, Frauen-, Kinderorganisationen, Gewerkschaften, Teile der Träger), haben wir mittels Volksbegehren und Aktionen überall im Lande, bisher alle Angriffe auf die Kita-Qualität abwehren können. Mit der jetzt vorgesehenen Auflösung der Landesjugendämter und der dann folgenden Selbstkontrolle durch die Kommunen, wird es zum Qualitätsabbau kommen - wenn wir es nicht verhindern !!

Darum arbeitet der Kita-Stadtelternerat in der Kita-Landeselternvertretung und im "Bündnis für Kinder und Familien" mit. Unsere Interessen in den Gremien zu vertreten, kann aber immer nur erfolgreich sein, wenn zugleich viele Betroffene organisiert für Kita-Qualität, gegen Abschaffung des Essengeldes usw. öffentlich auftreten. Leserbriefe, Demos, Unterschriftenaktionen, Kinderfeste und vieles mehr, sind nötig, damit wir uns in den nötigen sozialen und bildungspolitischen Fragen durchsetzen können. So rechnet man bereits damit, dass wir regelmäßig mit vielen Kindern und Erwachsenen die "Einwohnersprechstunde" des Jugendhilfeausschusses im Rathaus bunt und laut nutzen. Wenn wir das nicht tun, werden wir für eine schwache Kraft gehalten. Also: Wer macht noch mit im Kita-Stadtelternerat, um unsere Interessenvertretung erfolgreich organisieren zu helfen ?

Charly B.





## Proteste gegen Essengeld erfolgreich!?

### Was bisher geschah:

Bereits im Kommunalwahlkampf 2001 deutete die damalige OB-Kandidatin Silke Stokar von Bündnis90/Die Grünen in einem Interview mit der HAZ an, mit der Einführung des Essengeldes die Finanzen der Stadt Hannover für den Kita-Bereich so aufzubessern, dass damit zusätzliche Krippenplätze geschaffen werden können. Es ist wichtiger, so Stokar damals, berufstätige Eltern durch mehr Krippenplätze zu unterstützen, als für die vorhandenen Kita-Plätze Kostenstabilität für die Eltern zu gewährleisten oder eine Kostenreduzierung vorzunehmen. (HAZ vom 30.8.'01)

Unter der rot-grünen Regierungskoalition der zurückliegenden Legislaturperiode wurde der Essengeldbeschluss zum 1.8.2005 umgesetzt. Seitdem müssen alle, auch einkommensschwache, bislang von den Kita-Gebühren befreite Familien, für **jedes** Kind, das eine Kita-Einrichtung besucht, 30 Euro Essengeld pro Monat zahlen.

Besonders im Hortbereich reagierten viele Eltern mit geringem Einkommen mit Kündigung, die Anmeldezahlen für Kita-Plätze insgesamt sind rückläufig, das Essengeld bewirkt so eine Ausgrenzung Benachteiligter.

Gleichzeitig entstand für viele Kita-Träger ein erheblicher zusätzlicher Verwaltungsaufwand durch das Einziehen des Essengeldes von den Eltern.

### Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen:

Trotz erheblicher Proteste der Eltern betonte die SPD im Wahlkampf vor der diesjährigen Kommunalwahl ohne Einschränkungen am Essengeld festhalten zu wollen. Der Wahlausgang zeigt, dass die SPD mit dieser Politik erfolgreich Stimmen aus dem bürgerlichen Lager auf ihre Seite ziehen konnte, während es der CDU nicht gelang, die von ihr ganz richtig festgestellte Brisanz des Themas für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, ihren Wählern zu vermitteln. Währenddessen revidierten die Grünen im Wahlkampf ihre Haltung zum Essengeld und forderten seine Abschaffung. Vielleicht mit ein Grund dafür, dass sie stimmenmäßig zulegen konnten. Die aktuellen rot-grünen Koalitionsverhandlungen sehen nun eine **Befreiung vom Essengeld für Geschwisterkinder** ab dem 1.8.2007 vor.



*Über 1500 Unterschriften gegen das Essengeld überreichten die Eltern den Fraktionen der im Rat der Stadt Hannover vertretenen Parteien im Frühjahr dieses Jahres.*

### Und wie geht es jetzt weiter?

Damit werden neue Fragen aufgeworfen: Warum wird das Essengeld für Geschwisterkinder nicht sofort abgeschafft, sondern erst im nächsten Sommer? Erhalten die Kita-Träger Ausfallerstattungen, wenn es ihnen nicht gelingt, das Essengeld bei den Eltern einzutreiben, schließlich werden viele Eltern jetzt erst Recht nicht einsehen, dass sie das volle Essengeld für mehrere Geschwisterkinder noch zahlen sollen, obwohl eine Reduzierung bereits in Aussicht steht? Was ist mit Kindern aus so genannten „Patchwork-Familien“, die zwar als Geschwister zusammenleben, aber zum Teil unterschiedliche unterhaltspflichtige Elternteile haben? Gilt die Geschwisterregelung auch dann, wenn die Kinder verschiedene Einrichtungen besuchen und wie sind dann die Ausgleichszahlungen organisiert?

### Kommentar:

**Rot-Grün hat der Stadt Hannover eine „Medizin“ verschrieben:**

**Die von allen befürwortete und notwendige Bereitstellung von Krippenplätzen wird durch Mehreinnahmen von den Eltern finanziert, deren Kinder Krippe, Kindergarten oder Hort besuchen. Doch diese Medizin hat Nebenwirkungen: Einkommensschwache Familien werden aus den Kita-Einrichtungen und damit aus der Gesellschaft ausgegrenzt, die soziale Desintegration verstärkt.**

**Nun senkt Rot-Grün die Dosierung, die schädlichen Nebenwirkungen jedoch bleiben erhalten.**

**Der Kindertagesstätten-Stadtelternrat fordert:**

**Kostenfreie Kita-Plätze für alle, statt Ausgrenzung Benachteiligter! Die Deckelung der städtischen Gelder für den Kita-Bereich lehnen wir entschieden ab.**

**Die notwendigen Investitionen sind von allen zu bezahlen, und zwar nicht einmal in erster Linie deshalb, weil es Investitionen in „Humankapital“ sind, sondern weil alle Kinder das Grundrecht auf eine volle Entfaltung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten haben, wozu die Kindertagesstätten wesentlich beitragen.**

**"Kostenfreie Kita-Plätze für alle, statt Ausgrenzung Benachteiligter durch Essengeld!"**



## Landesjugendamt wird abgeschafft!!!

*Kommunen kontrollieren sich künftig selbst!!!*

Das Nds. Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AGKJHG) soll im Eilverfahren im Dezember 2006 (außerhalb des regulären Gesetzgebungsverfahrens, also ohne Anhörung und Beteiligung der Fachwelt) geändert werden: Ziel ist die Auflösung/Abschaffung des Nds. Landesjugendamtes einschließlich des Landesjugendhilfeausschusses. Durch die Änderung des AGKJHG wird die rechtliche Möglichkeit geschaffen, alle Landesaufgaben die im Kinder- und Jugendhilfegesetz beschrieben sind (z.B. auch die Kita-Aufsicht) auf die kommunale Ebene zu verlagern! Damit nutzt Niedersachsen als erstes Bundesland die Föderalismusreform, sich seines eigenständigen Landesjugendamtes zu entledigen und verschafft sich für die Zukunft einen „Freifahrt-schein“ im Jugendhilfebereich.

Die Auflösung des Landesjugendhilfeausschusses bedeutet die Abschaffung aller im Bundesrecht verankerten Beteiligungsrechte der freien Träger bei der Durchführung und Weiterentwicklung der Jugendhilfe in Niedersachsen. Ein Beirat ohne die bestehende Rechtsstellung wäre vollständig von der Politik abhängig. Ähnlich wie bei den Elternberatern in die Kitas wird zukünftig nur eine beratende Funktion erwünscht sein.

**Konsequenz:** Zerschlagung demokratischer Strukturen auf Landesebene. Auch auf örtlicher Ebene werden die Auflösung von Jugendämtern und deren Jugendhilfeausschüsse bereits diskutiert. Das Land nimmt hier negativen Vorbildcharakter ein.

Das Landesjugendamt als „staatliches Wächteramt“ (besonderer Schutzauftrag für Kinder und Jugendliche) verliert seine Neutralität. Der Handlungsspielraum für die Aufgabenwahrnehmung unterliegt der streng hierarchisch strukturierten Weisungsgebundenheit der MitarbeiterInnen in den neuen Behörden. Die Auslegung z.B. des Kita-Gesetzes kann leichter politisch gesteuert werden.

**Konsequenz:** Die Beratungs- und Aufsichtsfunktion wird geschwächt. Sinnvolle pädagogische Aspekte in der Arbeit der Kitas treten noch mehr in den Hintergrund, ein Durchgriff aus politischer Rücksichtnahme/wirtschaftlicher Interessen ist möglich.

Auszüge aus dem „Offenen Rundbrief“ des „Bündnis für Kinder und Familien“, in dem der hannoversche Kita-Stadtelternterrat Mitglied ist. Der komplette Rundbrief wird an alle Kitas in Niedersachsen geschickt.



Sie sind alleinerziehend...oder werden es vielleicht demnächst sein?

Bei uns finden Sie Unterstützung und Begleitung...

**Beratungs- und Kontaktstelle**

**VAMV**

Verband Alleinerziehender Mütter und Väter - Ortsverband Hannover e. V.

Bei uns können Sie sich:

- **Beraten lassen:**
  - Einzelfallberatung: Themen können z.B. sein: Umgang mit Trennung u. Scheidung, Gestaltung der Besuchs- oder Umgangsregelung, Erziehung, Alltagsorganisation, Existenzsicherung, usw.
  - Krisenintervention und
  - Rechtsberatung: zu Fragen des Umgangs- und Sorgerecht sowie Unterhalt
- **Zurücklehnen (und das Kind spielen lassen)**
  - **Aufgehoben fühlen - Kontakte knüpfen und Erfahrungen austauschen**: z.B. in den Gruppentreffen (nach Alter der Kinder gestaffelt), beim Sonntagsfrühstück, bei Aktionen, Festen usw.
- **Informieren**: durch unsere Seminarangebote, Gesprächskreise und Infoveranstaltungen (aktuelle Themen und Termine erhalten Sie über das Büro)

**VAMV Ortsverband e. V.**

**Philipsbornstraße 28 ♦ 30165 Hannover**

**Tel. 05 11 - 39 11 29**

**Fax 05 11 - 66 94 42**

e-mail [vamv@vamv-hannover.de](mailto:vamv@vamv-hannover.de)

